

## 6. Virtueller Kantonsrat

Postulat Felix Hoesch (SP, Zürich), Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), Urs Dietschi (Grüne, Lindau) vom 20. April 2020

KR-Nr. 115/2020 (Stellungnahme)

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Der ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss wurde am 6. Juli 2020 in ein Postulat umgewandelt. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Sie hat dem Rat ihre schriftliche Ablehnung am 10. September 2020 bekannt gegeben. Der Rat hat nun zu entscheiden.

*Felix Hoesch (SP, Zürich):* Vielen Dank für die Umstellung der Traktandenliste, dank der dieses Postulat, ursprünglich Traktandum Nummer 126, bereits heute drankommt.

Geschätzte fast vollständige Geschäftsleitung, es ist immer eine Ehre, wenn Sie alle hier direkt dabei sind, und vor allem, geschätzte Interessierte am Livestream, nach der handfesten Nahrung (*Anspielung auf zwei soeben erfolgte Fraktionserklärungen zum Thema des Nahrungsmittelanbaus in der Schweiz*) springen wir jetzt in den virtuellen Raum, und ich hoffe, Sie können hier auch alle noch dabei sein, genauso wie am Esstisch dann nachher beim Mittagessen. Wir vom Zürcher Kantonsrat dürfen stolz sein: Wir waren das erste Parlament in der Schweiz, das nach der Ausrufung der ausserordentlichen Lage (*aufgrund der Corona-Pandemie*) eine physische Sitzung machen konnte. Dieter Kläy (*damals Kantonsratspräsident*), vielen Dank für diese wahnsinnig schnelle Organisation, das ist wirklich toll. Aber in den Kommissionen haben wir in diesem Parlament sehr erfolgreich virtuell zusammengearbeitet. Gerade wir in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) konnten hier wirklich von guten Erfahrungen berichten. Es war auch schon mal ein neugeborenes Baby dabei oder es wurde einmal parallel (*zur Sitzung*) ein Kalb geboren. Die Corona-Pandemie ist vorbei. Ist sie wirklich vorbei? Wenn ich hier in die (*halbleeren*) Reihen schaue, dann liegt das nicht nur daran, dass alle im Foyer sitzen, nein, sie sind wirklich nicht dabei. Auch heute haben wir wieder einige Abwesenheiten. Und wir wissen auch schon lange, dass Epidemien und Pandemien die grösste Gefahr für unsere Gesellschaft sind. Das ist eine alte wissenschaftliche Erkenntnis, und nun haben wir es alle am eigenen Leib erfahren. Und selbst wenn diese Corona-Pandemie vorbei wäre: Nach der Pandemie ist vor der Pandemie.

Im Krisen bekommen Regierungen immer mehr Macht, das haben wir auch im Kanton Zürich ohnmächtig erlebt. Aber wir als Parlament müssen da so weit wie möglich dagegenhalten. Darum brauchen wir dieses Postulat, darum brauchen wir die Möglichkeit für einen virtuellen Kantonsrat. Auch in Bern geschehen Sachen: Letzte Woche, während dem wir darauf hofften, dass dieses Postulat bereits drankommt, wurde im Nationalrat über die Handlungsfähigkeit des Parlaments in Krisensituationen debattiert. Und der Nationalrat tritt darauf ein, dass auch er virtuell

tragen kann. Und bereits heute ist es im Nationalrat möglich, wenn man sich in Isolation begeben muss, dass man von zu Hause aus abstimmen kann. Auch dort kann man natürlich am Livestream zuschauen, das kann man schon lange.

Jetzt komme ich spät in meiner Rede auch noch auf meine Interessenbindungen zu sprechen, und zwar explizit: Ich bin Mitglied der Gruppe Pandemia Parliament. Wir haben im ersten Schock der Corona-Pandemie eine Lösung für virtuelle Parlamentssitzungen gebaut und in einem Test mit dem Gemeinderat der Stadt Dietikon eingesetzt. Aber mehr Resonanz konnten wir auf der Stelle nicht auslösen. Auch die anderen Parlamente haben sich in Messehallen eingerichtet oder sich mit ausgefallenen Sitzungen abgefunden. So ist unsere Gruppe leider eingeschlafen. Aber natürlich haben wir auf der privaten Ebene immer noch Kontakt und können jederzeit mit der Arbeit beginnen und bei Bedarf dazu auch eine Firma bilden, wir sind bereit. Auch andere Anbieter wollen wohl gerne einen virtuellen Kantonsrat technisch bereitstellen, denn wie gesagt: Nach der Krise ist vor der Krise, und wir müssen jetzt daraus lernen und Lösungen suchen. Ich habe den direkten Kontakt unter uns sehr gerne und weiss, wie wertvoll das persönliche Gespräch für die erfolgreiche Behandlung all unserer Geschäfte ist. Aber wenn wir es nie ausprobieren, wie es wäre, virtuell zusammensitzen, werden wir es nie erfahren. In unserem progressiven Kanton wäre ein Test bei uns sehr angebracht.

Darum verlange ich mit diesem Postulat von der Geschäftsleitung unseres Kantonsrates einen Bericht, wie auch wir virtuell zusammensitzen können. Dafür braucht es formale, juristische und technische Antworten. Herzlichen Dank für die Unterstützung dieses Postulates.

*Urs Waser (SVP, Langnau a. A.):* Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat «Virtueller Kantonsrat» ab. Die physische Anwesenheit sowie der persönliche Austausch werden in unserer Fraktion sehr hoch gewertet. Eine politische Debatte über Teams, Zoom oder andere noch zu entwickelnde Plattformen zu führen, ist nicht dasselbe. Es ist nicht die Aufgabe des Kantonsrates, eine neue Software zu entwickeln, die allenfalls nach ein paar Jahren schon wieder veraltet wäre und ausserdem eine Menge kosten würde. Ausserdem haben wir im Zürcher Kantonsparlament bewiesen, wie schnell wir uns arrangieren können, um den Ratsbetrieb weiter zu betreiben. Nicht umsonst debattieren wir jetzt hier in Oerlikon.

Eine zukünftige Krise kann verschiedene Ursachen haben. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Ich bin überzeugt, das Parlament findet die richtige Lösung zum jeweiligen Zeitpunkt. Lehnen Sie das Postulat ab.

*Isabel Garcia (GLP, Zürich):* Das Wichtigste vorneweg: Die Grünliberalen werden das vorliegende Postulat zum virtuellen Kantonsrat unterstützen. Selbstverständlich ist auch uns klar, dass ganz unterschiedliche Risiken für das reibungslose Arbeiten eines Parlaments existieren und dass keineswegs allein die nächste Pandemie möglicherweise die grösste Herausforderung am Horizont oder gar vor der Tür ist. Und selbstverständlich sind auch wir, die Grünliberalen, der Auffassung, dass dem persönlichen Austausch vor Ort für die parlamentarische Arbeit

eine zentrale Bedeutung zukommt. Und auch wir anerkennen, dass die Beratung komplexer Vorlagen per Videokonferenz auch mal aufreibend sein kann. Aber – und jetzt kommt's: Im Jahr 2022 reichen diese Gründe einfach nicht, um dem Begehren nach einem digitalen Parlament so tel quel eine Absage zu erteilen.

Warum nicht? Erstens: Der reale und der digitale Raum sind nicht einfach zwei unvereinbare Paralleluniversen, sondern Lebens- und Arbeitsbereiche, die immer stärker verschmelzen, ja, verschmelzen müssen – auch in der Politik, auch im Kantonsrat. Zweitens: Vor wenigen Monaten haben wir hier in diesem Rat eine parlamentarische Initiative überwiesen, um die gesetzlichen Grundlagen für digitale Gemeindeparlamente zu schaffen (*KR-Nr. 214/2020*). Warum? Weil die Gemeinden dies nicht selber tun können, da die gesetzgeberische Kompetenz dafür eben beim Kanton liegt. Bei uns selbst verweigern wir uns nun ein paar Monate später, wollen diese Arbeit nicht erledigen und wollen keine Strategie erstellen, wie wir selbst als Kantonsrat digital funktionieren und arbeiten sollen und können. Das ist dem Parlament des grössten Kantons, der auch der mit Abstand wichtigste Wirtschaftsstandort in der Schweiz ist, nicht würdig. Dies ist ein komplett falsches, aus der Zeit gefallenes Signal, und zwar an die Gemeinden, an andere Kantone und ja, auch an die Wirtschaft.

Drittens, wir haben es von Kollega Felix Hoesch bereits gehört: Auch die Bundesebene ist jetzt sogar einmal aktiv geworden und ist auf den Vorstoss der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates eingetreten, der die rechtlichen Grundlagen für virtuelle Sessions schaffen soll. Man hat also sogar im langsamen Bern auf eidgenössischer Ebene die Zeichen der Zeit erkannt und die Arbeiten lanciert. Es kann nicht sein, dass der Kanton Zürich im Jahr 2022 beim Thema «Digitales Parlament» dermassen im Abseits steht. Bitte unterstützen Sie zusammen mit uns dieses Postulat. Vielen herzlichen Dank.

*Urs Dietschi (Grüne, Lindau):* Zu diesem Postulat rede ich einerseits als Mitunterzeichner, andererseits als Vertreter der Grünen. Die Grünen werden dieses Postulat mehrheitlich ablehnen. Die ehemalige mehrheitliche Zustimmung verlor sich leider über die Zeit. Die Grünen und ihre Überlegung zur Ablehnung: Es ist nicht ganz klar, ob sich die Umsetzung des Postulates mit den jetzigen demokratischen Gegebenheiten vereinbaren lässt. Die Form für ein solches Projekt muss klar sein, die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Alternative Tagungsmöglichkeiten für eine nächste Krise werden benötigt. Technische Lösungen sind nicht zwingend die beste Lösung.

Als Mitunterzeichner des Postulates, der ehemaligen Motion ist meine Sichtweise etwas anders: Das Postulat ist, wie gesagt, zu Beginn der Pandemie als Motion eingereicht worden, ist aus heutiger Sicht sicher nicht ganz rund und müsste bei einer Überweisung entsprechend bearbeitet werden. Dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen, steht im Vorstoss. Die Erkenntnis, dass alternative Tagungsmöglichkeiten ausgearbeitet werden müssen, ist soweit unbestritten und, wie wir auch schon gehört haben, auf Bundesebene am letzten Montag sogar durchgegangen, also man arbeitet daran. Wir können allerdings nicht zuwarten,

bis wieder eine Situation eintritt, bei der die Tagungsmöglichkeiten auf ihre Praxistauglichkeit abgetastet werden müssen, denn nach der Pandemie, die leider noch nicht abgehakt werden kann, ist vor der Pandemie respektive vor der nächsten Krise, auch wenn das hoffentlich lange dauert bis zu einem allfälligen Eintreten.

Ausserdem hat sich im Rahmen von Kommissionssitzungen gezeigt, dass virtuelle Sitzungen durchaus möglich und vielfach auch effizienter sind als physische Tagungen. Dass mit dem grösseren Kantonsrat eine entsprechende Lösung erarbeitet werden müsste, ist klar. Die offenen Abstimmungen können problemlos abgehalten werden. Jedes Mitglied sieht das Resultat und kann, wie heute, allenfalls intervenieren, wenn die Technik nicht ganz funktioniert. Für geheime Abstimmungen müsste da noch etwas erarbeitet werden. Mögliche Lösungen müssen jetzt angegangen werden, nicht erst beim Eintreffen des Ereignisses, das die Sitzungen in der heutigen Form nicht zulässt.

Ich fasse nochmals zusammen: Die Grünen werden den Vorstoss mehrheitlich ablehnen. Als Mitunterzeichner empfehle ich die Annahme des Vorstosses, damit wir für die Zukunft gewappnet sind.

*Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti):* Obwohl nun bereits zwei Jahre vergangen sind, sitzt uns der erste Lockdown immer noch in den Knochen. Plötzlich durfte der Kantonsrat nicht mehr tragen. Wir, als gewählte Volksvertreter, mussten alle Entscheide der Regierung überlassen. Das Prinzip der drei Gewalten wurde massiv gestört. Warum also nicht einfach virtuell tagen? So wie die Schulen es geschafft haben, übers Wochenende auf digitalen Unterricht umzustellen, so schien auch ein digitales Parlament auf den ersten Blick eine zweckmässige Lösung für eine ausserordentliche Lage wie diese Pandemie. Das Anliegen des Postulates hat also durchaus seine Berechtigung. Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, unter welchen Bedingungen ein virtueller Kantonsrat eine Berechtigung hätte und welche gesetzlichen Grundlagen anzupassen wären. Daher haben wir dieses Postulat mitunterzeichnet.

Doch nach der geführten Diskussion in der Geschäftsleitung des Kantonsrates, welche aufgezeigt hat, dass das Postulat weit über die nötigen gesetzlichen Vorkehrungen geht, lehnt die Mitte das Postulat heute ab. Es ist nicht Aufgabe des Kantonsrates, die technische Umsetzung eines virtuellen Kantonsrates zu lancieren. Wir wissen auch nicht, wie eine nächste Krise aussehen könnte. Vielleicht ist es ja ein Stromausfall und dann nützt uns auch ein virtuelles Parlament nichts. Deshalb müssen wir das Problem ganzheitlich anschauen, und dies werden wir in der Geschäftsleitung tun. Wir müssen uns wappnen für künftige Notsituationen. Eine physische Präsenz im Parlament muss jedoch jederzeit im Vordergrund stehen.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Wir haben es jetzt mehrmals gehört: Vor der Krise ist nach der Krise. Doch wie diese Krise, die nächste Krise, aussehen wird, das weiss keiner von uns, und das ist wahrscheinlich der Kern des Problems. Im Be-

richt der GL sind verschiedene mögliche Szenarien aufgezählt, das geht von Naturkatastrophen über Unruhen, ich ergänze weiter mit Terrorlage, Erdbeben oder eben Pandemie. Wie sieht diese künftige Krise aus? Entsprechend sind ganz andere Ausgangslagen und entsprechend auch andere Massnahmen zu treffen. Grundsätzlich begrüsst die EVP sehr, wenn dieser Kantonsrat einen Digitalisierungsschub erleben würde. Das hat aber nichts mit Krisenbewältigung und Pandemietauglichkeit zu tun, sondern wir könnten beispielsweise auf diesen Versand von Schriftlichkeit verzichten. In unserer Fraktion arbeitet jedes Mitglied mit Notebook. All diese Sachen könnten schon viel dazu beitragen, einen kleinen Schritt in Richtung Digitalisierung unserer Arbeit zu machen. Wie gesagt, da sind wir noch weit davon entfernt.

Jetzt aber das ganze Parlament oder die Kommissionsarbeit zu digitalisieren, das ist für uns unverhältnismässig. Warum? Wir haben heute den Bericht (*KR-Nr. 52/2022*) der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) gehört. Da wurde moniert, dass der Kanton nach dem x-ten Anlauf noch immer nicht in der Lage ist, eine Fachapplikation Justizvollzug zu schaffen. Seit Jahren, bald seit zehn Jahren, sind wir mit der Einführung eines elektronischen Patientendossiers beschäftigt. Ich kann Ihnen aus dem Alltag eines Heimleiters sagen: Wir sind noch Welten davon entfernt, da endlich eine sinnvolle Lösung hinzubringen, die dann auch wirklich tauglich und nützlich ist. Und da wollen wir nun selber oder da soll die GL nun eine virtualisierte Lösung erarbeiten und präsentieren, die das Arbeiten für Kommissionen ermöglicht. Bei aller Bescheidenheit, da sind wir schlicht überfordert, da sind wir nicht in der Lage dazu. Ich denke, es ist aber auch nicht nötig. Viel wichtiger, als dass unser Parlament pandemietauglich wird, ist, dass es agil bleibt. Wir müssen uns unsere Agilität erhalten, allenfalls sogar ausbauen, denn mit Agilität können wir rasch auf nötige Massnahmen reagieren, so wie es damals vor zwei Jahren nötig war. Und dann müssen wir schauen, welche Mittel uns zur Verfügung stehen, um in dieser Situation dann adäquat reagieren zu können. Deshalb wollen wir jetzt nicht Mittel und Personal für eine Lösung binden, die vielleicht bei der nächsten Krise gar nicht die Lösung des Problems ist. Aus diesem Grund wird die EVP dieses Postulat nicht unterstützen.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Die Zeichen der Zeit wurden erkannt, und genauso schnell haben sich die Zeichen der Zeit oder die Vorzeichen, unter denen dieses Postulat beziehungsweise dieser Vorstoss behandelt wird, geändert beziehungsweise haben sich die Meinungen hierzu verändert. Was, glaube ich, jedem klar ist, ist, dass es gewisse rechtliche Rahmenbedingungen braucht – das wurde, soweit mir berichtet wurde, auch in der Geschäftsleitung erkannt –, damit gewisse Funktionen des Parlaments auch in Krisenzeiten, im Krisenfall geregelt sind. Hier geht es beispielsweise darum, dass im Notfall auch Abstimmungen funktionieren und die Kommission arbeiten können, also digital arbeiten können. Und dass die Kommissionen beispielsweise digital arbeiten können, das haben wir während der Corona-Krise bereits gesehen, dass das durchaus möglich ist. Nun müssen wir sehen, wie weit wir das noch ausweiten wollen. Dieser Vorstoss spricht von einem virtuellen Kantonsrat und das Ganze ist eine relativ grosse Kiste. Hier geht es

nicht nur um Kommissionssitzungen, sondern darum, den ganzen Kanton virtuell abzubilden. Das ist eine viel grössere Leistung, eine andere Schuhnummer als nur Kommissionssitzungen, und dies ändert sich auch ständig. Wir in der AL sind hier übereingekommen: Es ist im Moment nicht an der Zeit – beziehungsweise vielleicht schon an der Zeit, aber es ist ein bisschen zu gross gefasst –, hier den ganzen Kantonsrat virtuell zu machen. Wir lehnen daher dieses Postulat ab.

Sehr wohl sind wir hier nicht abgeneigt beziehungsweise müssen wir schauen, dass wir durchaus in Koordination mit der nationalen Ebene und mit anderen Parlamenten die eben genannten Zeichen der Zeit erkennen, dass wir hier die nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und dass, falls es technische Massnahmen braucht, damit der Kantonsrat auch im Krisenfall arbeiten kann, diese auch ergriffen werden. Unsere Ablehnung hier ist aber auch dahingehend zu werten, dass wir gegen ein komplettes Softwareprojekt, gegen ein grösseres Projekt sind, um den ganzen Kantonsrat zu virtualisieren beziehungsweise hier ein Grossprojekt zu starten, das massive Kosten verursacht, ohne dass es uns einen grösseren Nutzen bringt.

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur):* Heute ziemlich genau vor zwei Jahren – es war der 16. März 2020 – habe ich als Kantonsratspräsident nach Rücksprache mit den Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten und nach Rücksprache mit der Gesundheitsdirektion die Kantonsratssitzung abgesagt. Wir haben dann dennoch in der Form der Geschäftsleitung getagt. Wir haben dann innert weniger Tage dank sehr guter Unterstützung durch die Parlamentsdienste einen Ersatzort bekommen. Die meisten von Ihnen, die grosse Mehrheit von Ihnen, waren an diesem Ersatzort in der grossen Messehalle dabei. Wir wären froh gewesen, hätten wir virtuell tagen können. Damals waren wir, wie viele andere in der Wirtschaft oder wo auch immer, aber noch gar nicht bereit. Es gab auch nur beschränkte Erfahrungen mit virtuellen Tagungen.

Der Vorstoss in der Form einer Motion kam dann rasch, vermutlich zu rasch, am 20. April 2020. Die GL hat sich dann einige Wochen Zeit genommen und am 2. Juli die Position zum vorliegenden Postulat dargelegt. In der Diskussion ging es auch darum, dass die Forderung aufgestellt worden ist, die GL des Kantonsrates müsse dieses Projekt an die Hand nehmen und umsetzen. Da ist richtigerweise gesagt worden: Das können wir als GL nicht, da fehlen uns die Kapazitäten, aber auch die Detailkenntnisse. Doch eigentlich geht es ja heute nicht darum. Wir haben ja bewusst von einer Motion auf ein Postulat gewechselt. Das war ein bewusster Entscheid, um hier eben grössere und breitere Möglichkeiten zu haben. Und wenn jetzt gesagt wird «ja, auch das Postulat, das können wir gar nicht umsetzen», bin ich da anderer Auffassung. Das Postulat gibt uns viel breitere Möglichkeiten. In der Begründung wird richtigerweise darauf verwiesen, dass die Krisen immer einen anderen Charakter haben. Ja, das erleben wir derzeit. Die nächste Krise ist nicht eine Pandemie, es muss nicht eine Pandemie sein, jetzt sind wir in der Ukraine-Krise (*Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine*). Das Bewusstsein aus der Corona-Krise schwindet rasch, aber das ist doch genau das Problem. Das kann nicht Massstab für unser Handeln sein. Es geht doch darum, dass wir uns jetzt

Gedanken machen, welche Optionen zur Verfügung stehen, und deshalb macht dieses Postulat durchaus Sinn. Wenn wir jetzt die Sache nicht in die Finger nehmen, machen wir in ein oder zwei oder drei Jahren eben auch nichts. Also, die FDP unterstützt dieses Postulat und lädt alle ein, das auch zu tun.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Ich glaube, die Corona-Pandemie hat für den einen oder anderen von uns doch zu einigen Aha-Erlebnissen geführt. Ein Aha-Erlebnis war, dass wir vor zwei Jahren als Kantonsrat halt schon ziemlich alt aussahen mit unseren nur physischen Methoden. Bei den Kommissionen konnten wir dann aufrüsten. Dort sind wir immerhin bei den Sachkommissionen jetzt doch sehr resistent und können sehr gut digital tagen. Viele denken: Ja, wir haben ja dann eine Lösung gefunden. Wir hatten (*am neuen Sitzungsort*) unsere anderthalb Meter Abstand, es ging ja gut. Man muss auch sagen: Wir haben auch Glück gehabt mit der Corona-Krise. Es kann auch eine Pandemie kommen, wo diese Massnahmen nicht mehr taugen und man sich tatsächlich physisch nicht mehr sehen kann. Es kann auch sein, dass wir eine Krise haben, die dazu führt, dass wir sehr grosse Probleme haben, uns noch von A nach B zu bewegen, und wir uns eben nicht physisch treffen können.

Jetzt muss man feststellen: Die Leute haben ihre Aha-Erlebnisse, aber sie gehen auch sehr, sehr gerne und schnell zum Courant normal über. Und man sagt: Müssen wir uns das wirklich anschauen? Vielleicht doch nicht, es ist gerade etwas anstrengend. Ich denke, wir haben etwas gelernt in der Corona-Zeit. Vieles geht digital, einiges geht sogar besser, als wir dachten. Wir haben heute vielfach gehört, vor der Krise sei nach der Krise. Man wisse nicht, wie die nächste Krise sei. Aber ich finde es dann doch relativ naiv, wenn man sagt, für diese Option von Krise, bei der wir wissen, dass wir grauenhaft alt aussehen, für die bereiten wir uns nicht vor, denn wir hoffen, dass die nächste Krise eben nicht diese Krise ist, in der wir das Problem haben. Na ja.

Es geht in diesem Postulat ja gerade darum, dass man sich über diese Möglichkeit Gedanken macht. Wie begegnet man so ein Typ Krise, bei dem wir ein Problem haben, physisch zusammenzukommen? Der Nationalrat geht die ganze Geschichte wesentlicher agiler an. Wir hatten heute Morgen wegen Isolationsabsenzen ein verfälschtes Abstimmungsresultat. Das wäre im Nationalrat nicht passiert, dort hätten jene in Isolation abstimmen können. Wir müssen nicht selbst programmieren. Wenn zum Beispiel der Nationalrat eine Lösung findet, dann sollte das wahrscheinlich auch für den Kantonsrat tauglich sein. Aber wir müssen wissen, wie wir als Kantonsrat stattfinden können, wenn wir uns nicht physisch sehen können. Es geht hier um die Stellung und die Fähigkeit des Kantonsrates, anwesend zu sein, tagen zu können, auch wenn andere Hindernisse im Raum stehen. Wir müssen uns eben für die Option vorbereiten, wenn es physisch nicht geht, dass der Kantonsrat stattfindet. Deshalb sagen Sie bitte Ja zu diesem Postulat.

*Felix Hoesch (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Noch ein paar letzte Worte von mir: Danke, Dieter Kläy, für die Einordnung, was eine Motion und was ein Postulat ist. Denn genau darum geht es hier: Zu diesem Postulat kann nun die

Geschäftsleitung einen Bericht schreiben. Dabei kann sie die Punkte hervorheben, die sie auch wichtig findet, und andere Punkte weniger hervorheben. Und bei der Abschreibung des Postulates können wir dann einen Ergänzungsbericht verlangen und dann immer noch die Punkte einbringen, die wir falsch oder unvollständig dargelegt finden. Auch ich weiss: Damals haben wir das ein bisschen schnell eingereicht, und ich habe jetzt auch wieder einmal schmerzhaft erfahren, wie agil und schnell die Prozesse in unserem Kantonsrat sind, sodass wir jetzt doch fast zwei Jahre brauchten, bis wir hier ernsthaft darüber sprechen. Aber ich hoffe doch, dass der juristische Aspekt in irgendeiner Form sicherlich weiterentwickelt und weiterbearbeitet wird.

Die Pandemie, die Corona-Pandemie muss vom Zürcher Kantonsrat sowieso aufgearbeitet werden, denn wir haben in unserem staatlichen und auch parlamentarischen Handeln einige Aspekte gesehen, die nicht ganz funktioniert haben. Also selbst wenn dieses Postulat heute abgelehnt wird, bitte ich, dass diese Aspekte dort dann dennoch weiterentwickelt werden.

Und noch zu Herrn Waser: Der Kantonsrat oder die Geschäftsleitung muss kein System entwickeln, das war niemals die Absicht. Es gibt Systeme am Markt. Es gibt Gruppen, die bereit sind, Systeme zu entwickeln. Mit diesem Postulat fordern wir die Geschäftsleitung auf, das zu evaluieren, uns aufzuzeigen, was möglich ist. Und ja, ich verlange hier nur, dass wir eine vollständige virtuelle Sitzung machen können. Wirklich spannend wäre es dann, wenn wir hybride Sitzungen machen würden, wenn ein Teil hier in einem Ratssaal sitzt und ein anderer Teil zu Hause und von dort an der Sitzung teilnimmt. Aber das verlangen wir heute überhaupt noch nicht, denn das ist tatsächlich nicht ganz einfach. Darum wirklich: Nach der Krise ist vor der Krise. Schauen wir jetzt, wie es weitergeht. Herzlichen Dank für die Überweisung des Postulates.

*Sylvie Matter (SP, Zürich), Referentin der Geschäftsleitung:* Wie Manuel Sahli vorhin richtig bemerkt hat, erkannte auch die GL, dass es eine Anpassung des Kantonsratsgesetzes braucht, damit der Kantonsrat virtuell tagen könnte. Aber dies allein würde nicht reichen. Bis dato ist mir zumindest keine funktionierende technische Lösung bekannt, die einen virtuellen Ratsbetrieb erlauben würde, der sämtliche Funktionen des Präsenzbetriebes erfüllt. Diesem Umstand Rechnung tragend wird im vorliegenden Postulat nicht nur die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen gefordert, sondern auch eine technische Umsetzung des virtuellen Kantonsrates. Diese Spannweite der Forderung, wir haben es in den heutigen Voten gehört, stiess in der Geschäftsleitung auf Kritik. Dass die gesetzlichen Grundlagen des Kantonsrates überprüft werden müssen, um sicherzustellen, dass der Kantonsrat krisenresistent ist und flexibel auf solche Situationen reagieren kann, ist unbestritten und diese Anpassung wird bereits diskutiert. Anders verhält es sich mit der Forderung, ein virtuelles Parlament einzurichten. Neben allen Bedenken, ob ein vollumfängliches Ersetzen des Ratsbetriebes im virtuellen Raum nicht eine Überforderung des Digitalen ist, ist die klare Mehrheit der Geschäftsleitung zudem der Ansicht, dass die Entwicklung einer technischen Lösung für einen Parlamentsbetrieb eine Aufgabe ist, die national gelöst werden muss. Kommt hinzu,



dass jede Krise ihre eigenen Lösungen braucht. Vorgegebene digitale Strukturen können so in einer nächsten, anders gelagerten Krise zu Fesseln werden, weil andere Aspekte zentral werden. Darum lehnt eine Mehrheit der Geschäftsleitung dieses Postulat ab.

Eine Minderheit der Geschäftsleitung ist jedoch der Ansicht, dass die Erarbeitung einer Strategie, wie der Kantonsrat auch virtuell tagen könnte, auch für künftige Krisen gewinnbringend wäre und sich daraus auch in weiteren Bereichen ein Mehrwert ergeben könnte, zum Beispiel für Auslandschweizerinnen und -schweizer.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 80 : 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 115/2020 zu überweisen.**

Das Geschäft geht an die Geschäftsleitung zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

*Dem Ratspräsidenten wird mitgeteilt, dass bei einer Person die Abstimmungstaste nicht funktioniert habe.*

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Ich konnte nicht mitverfolgen, ob die Person nicht zu spät abgestimmt hat. Ich würde mal davon ausgehen, und das Postulat ist ohnehin überwiesen. Es ändert, glaube ich, nichts am Resultat. Geläutet (*um die Abstimmung anzukündigen*) habe ich auch. Verlangt jemand eine Wiederholung der Abstimmung? Das ist nicht der Fall.

Das Geschäft ist erledigt.